



An den Grossen Rat

12.5257.02

ED/P125257

Basel, 28. Mai 2014

Regierungsratsbeschluss vom 27. Mai 2014

## Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Überprüfung der Organisationsform und Struktur der fünf Basler Gymnasien

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 14. November 2012 den nachstehenden Anzug Heidi Mück und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Die Basler Gymnasien befinden sich im Umbruch. Im Rahmen der Umstrukturierungen aufgrund von HarmoS wird die Gymnasialzeit von 5 auf 4 Jahre verkürzt. Gleichzeitig ist das erklärte Ziel des Erziehungsdepartementes, die Gymnasialquote zu senken, um die Berufsbildung zu stärken.

Dies wird automatisch eine Abnahme der Anzahl GymnasiastInnen nach sich ziehen, was zu einer weiteren Verstärkung des Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Gymnasien führen wird. Die aktuelle Diskussion über die geplante Abschaffung des Schwerpunktfaches PPP am Münstergymnasium zeigt deutlich, dass der Wettbewerb unter den Gymnasien an seine Grenzen gestossen ist und dass das Problem der Verteilung der SchülerInnen auf die einzelnen Gymnasien von Grund auf angegangen werden muss.

Vor diesem Hintergrund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten,

- wie der schädliche Wettbewerb unter den Gymnasien auf ein vernünftiges Mass reduziert oder ganz aufgehoben werden kann,
- wie die aktuelle Organisationsform der Gymnasien der zu erwartenden Reduktion der SchülerInnenzahl angepasst werden kann,
- ob es angesichts der sinkenden SchülerInnenzahl noch 5 eigenständige Gymnasien braucht, oder ob die SchülerInnen auf weniger Standorte verteilt werden können,
- ob die Idee eines einzigen Kantonalen Gymnasiums (analog Kantonsschule AG) mit einer einzigen Leitung und verschiedenen Standorten eine geeignete Lösung für die gymnasiale Bildung im kleinräumigen Kanton Basel-Stadt wäre.

Heidi Mück, Martin Lüchinger, Doris Gysin, Maria Berger-Coenen, Christoph Wydler, Christine Heuss, Ernst Mutschler, Alexander Gröflin, Urs Müller-Walz, Brigitta Gerber, Roland Engeler-Ohnemus, Annemarie Pfeifer, Patrizia Bernasconi, Ursula Metzger Junco P., Sibylle Benz Hübner, Helen Schai-Zigerlig“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

### 1. Ausgangslage

In Basel-Stadt gibt es fünf staatliche Gymnasien: Das Gymnasium am Münsterplatz (GM), das Gymnasium Kirschgarten (GKG), das Gymnasium Bäumlhof (GB), das Gymnasium Leonhard (GL) sowie das Wirtschaftsgymnasium (WG). Die heutige Gymnasialstruktur mit fünf Standorten und unterschiedlicher Angebotsstruktur ist 1997 erlassen worden. Vorher wurde die achtjährige

Gymnasialzeit von sieben Gymnasien angeboten. Im Zuge der so genannten Basler Schulreform und der Verkürzung der Gymnasialzeit auf fünf Jahre wurde in den Neunziger Jahren die Zahl der Gymnasien von sieben auf fünf reduziert, indem das Gymnasium Kohlenberg und Holbein-Gymnasium zum Gymnasium Leonhard und das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium sowie das Realgymnasium zum Gymnasium Kirschgarten zusammengelegt wurden.

Aufgrund der Schulharmonisierung wird die Gymnasialzeit ab dem Schuljahr 2016/17 von fünf auf vier Jahre verkürzt, was einen Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler zur Folge haben wird. Der Regierungsrat hatte bereits am 15. Dezember 2009 im Ratschlag P092064 «Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz)» beschlossen, trotz des Schülerrückgangs an den fünf heutigen Gymnasialstandorten festzuhalten. In seiner Sitzung vom 20. April 2010 hat der Regierungsrat das Erziehungsdepartement beauftragt, die Strukturen der Gymnasien zu prüfen und über mögliche Synergien zu berichten. Mit Beschluss Nr. 11/02/38 vom 18. Januar 2011 bestätigte der Regierungsrat seine 2009 geäußerte Absicht, die fünf Gymnasien an ihren Standorten zu erhalten.

### Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Basler Gymnasien

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler der fünf Basler Gymnasien bewegt sich seit 2002 auf stabilem Niveau mit einem Total zwischen 3'238 und 3'454 Personen:

	2002/3	2003/4	2004/5	2005/6	2006/7	2007/8	2008/9	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14
GB	621	644	662	690	701	683	673	699	667	607	582	594
GKG	570	560	553	542	561	548	558	603	609	639	624	632
GL	983	983	927	917	911	924	880	855	828	811	797	788
GM	397	418	406	405	402	370	396	433	501	560	634	661
WG <sup>1</sup>	842	789	690	694	730	776	827	821	849	779	740	721
Total	3413	3394	3238	3248	3305	3301	3334	3411	3454	3396	3377	3396

Mit der Verlängerung der Volksschule um zwei Jahre werden in den Schuljahren 2016/17 und 2017/18 aus der Volksschule keine Schülerinnen und Schüler in die Gymnasien übertreten. Im Schuljahr 2018/19 wird der erste «Reformjahrgang» die elfjährige Volksschule durchlaufen haben und in eine erste Klasse des neuen Vierjahres-Gymnasiums eintreten. Das Total der Schülerinnen und Schüler, die ab dem Schuljahr 2016/17 das vierjährige Gymnasium besuchen, wird im Vergleich zu den aktuellen Zahlen insgesamt um 900 bis 1000 Personen abnehmen, d.h. um mehr als 20 % sinken.

Neben der Verkürzung des Gymnasiums von fünf auf vier Jahre gibt es weitere Faktoren, welche die Entwicklung der Zahlen der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium beeinflussen. So soll vor dem Hintergrund des Ziels, die Berufsbildung und namentlich die Berufsmaturität zu fördern und die gymnasiale Maturitätsquote von heute gegen 30 % auf ca. 25 % zu reduzieren, die Übertrittsquote von der Volksschule ans Gymnasium von heute ca. 38 % auf 30 % sinken.

Gleichzeitig soll die Übertrittsquote in die berufliche Grundbildung steigen. Weitere Faktoren sind die demographischen Entwicklungen sowie die Folgen der beschränkten Freizügigkeit bei der Wahl des Gymnasiums nördlich der Juragrenze, die ab dem Schuljahr 2015/2016 im Rahmen eines Projekts des Bildungsraums Nordwestschweiz versuchsweise eingeführt wird. Schülerinnen und Schüler können im Rahmen der räumlichen Kapazitäten der Schulen wählen, ob sie ein Gymnasium im Kanton Basel-Stadt oder Basel-Landschaft besuchen wollen.

Für das Jahr 2022 werden circa 108 Gymnasialklassen prognostiziert, also knapp 30 Klassen oder circa 20 % weniger als 2013. Die vom Erziehungsdepartement am 20. Dezember 2010 erlassene, vom Regierungsrat zur Kenntnis genommene und am 23. Dezember 2010 publizierte

<sup>1</sup> Inkl. Wirtschaftsmittelschule

Allokationsplanung Raum legte für jedes der fünf Gymnasien im harmonisierten Schulsystem eine bestimmte Zahl Klassen fest.

GB	22
GKG	22 (+ 3 Passerelle-Klassen)
GL	28
GM	20
WG	16 (+ 21 WMS-Klassen)
Total	108 (plus 3 Passerelle-Klassen und + 21 WMS-Klassen)

Im harmonisierten Vierjahresgymnasium werden die Standorte – die Wirtschaftsmittelschule eingeschlossen – Schulgrössen zwischen 450 und 800 Schülerinnen und Schülern ausweisen. Das werden im Vergleich zu den Gymnasien in andern Kantonen eher kleine Einheiten sein. Kleine Betriebsgrössen haben Vor- und Nachteile. Sie sind überschaubarer und persönlicher als grosse Schulen und kommen ohne Substrukturen aus. Die Ausprägung von Identität und Identifikation ist einfacher, die Chancen für eine dynamische Schulentwicklung sind grösser. Auf Schwankungen der Schülerzahlen reagieren sie allerdings empfindlicher.

## 2. Beantwortung der einzelnen Fragen

### Wettbewerb zwischen den Gymnasien

Die Problematik, dass sich die einzelnen Gymnasien durch eine Ausweitung ihres Angebots im Schwerpunktfachbereich konkurrieren, wurde mit der Diskussion über die Abschaffung bzw. Beibehaltung des Schwerpunktfachs Philosophie-Psychologie-Pädagogik (PPP) im Herbst 2012 akut. In der öffentlichen Diskussion um das Fach PPP, die zum vorliegenden Vorstoss geführt hat, geriet die Grundfrage in den Hintergrund, nämlich mit welchen Instrumenten und wie invasiv gesteuert werden soll, damit die Schulen jene Grösse erreichen, die im durch den Regierungsrat genehmigten Allokationsplan von 2010 festgelegt ist, und gleichzeitig der finanzielle Rahmen nicht gesprengt wird.

Das Erziehungsdepartement hat Ende Oktober 2012 in einem Bericht Fragen der Steuerung im Gymnasialbereich erörtert und sieben Modelle beschrieben und bewertet. Im Vordergrund standen zwei Modelle:

- Das Angebot an Schwerpunktfächern wird durch Verzicht auf PPP eingeschränkt. Dafür bleibt die Schulwahl erhalten und das gewählte Schwerpunktfach wird garantiert.
- PPP bleibt im Angebot; dafür muss das Erziehungsdepartement allenfalls bei der Schulwahl steuernd eingreifen.

Der Erziehungsrat hat sich am 21. Januar 2013 für das zweite Modell entschieden und beschlossen, dass das Schwerpunktfach PPP weiterhin angeboten werden muss. Das Schwerpunktfach PPP wird ab dem Schuljahr 2014/15 neu nicht nur am Gymnasium Münsterplatz, sondern zusätzlich auch am Wirtschaftsgymnasium angeboten.

Um eine zentrale Steuerung der Anmeldungen zu ermöglichen, hat der Regierungsrat am 11. Juni 2013 beschlossen, die Kompetenz über die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler an ein Gymnasium per 1. Januar 2014 der Leitung Mittelschulen zu übertragen. In der Verordnung über die Aufnahmebedingungen der Gymnasien (Aufnahmeverordnung Gymnasien, SG 413.800) ist festgehalten, dass neu die Leitung des Bereichs Mittelschulen über die Zuordnung der Schülerinnen und Schüler an die Standorte entscheidet.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Ab 2018 wird § 8 Schullaufbahnverordnung wirksam sein, welche denselben Inhalt enthält.

§ 3a. Anmeldung

1 Die Schülerinnen und Schüler sind durch ihre Erziehungsberechtigten bei der Leitung Mittelschulen und Berufsbildung anzumelden.

2 Die Leitung Mittelschulen und Berufsbildung setzt die Termine für die Anmeldung fest. Schülerinnen und Schüler, die während des Schuljahres zuziehen, haben sich unverzüglich anzumelden.

§ 3b. Zuweisung in ein Gymnasium

1 Die Leitung Mittelschulen und Berufsbildung trifft die organisatorische Anordnung für die Zuweisung der Schülerinnen und Schüler in ein Gymnasium.

2 Sie berücksichtigt dabei die Vorgaben für die Schulraumkapazitäten. Die Wünsche der Erziehungsberechtigten in Bezug auf den Schulungsort werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dies bedeutet, dass die freie Schwerpunktfachwahl für die Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft garantiert ist. Die Freiheit der Schulwahl kann neu dann eingeschränkt werden, wenn aufgrund der Anmeldungen die Planungszahlen für die Schulgrössen nicht erfüllt werden können.

Die Schülerinnen und Schüler entscheiden bei der Anmeldung, ob ihnen die Schulwahl oder die Schwerpunktfachwahl wichtiger ist. Bei der Anmeldung muss ein Gymnasium inklusive Schwerpunktfach als erste Wahl und ein Gymnasium inklusive Schwerpunktfach als zweite Wahl angegeben werden. Diese Lösung berücksichtigt, dass die Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Präferenzen haben. Den einen ist das Schwerpunktfach wichtig, den andern der Schulstandort.

Mit diesen gesetzlichen und organisatorischen Änderungen wurde sichergestellt, dass sowohl die Interessen der einzelnen Gymnasien als auch die der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden.

Von einem «schädlichen Wettbewerb», wie ihn die Anzugstellenden beschreiben, kann im Übrigen nicht die Rede sein. Der Kontakt zwischen den Basler Gymnasien ist sowohl auf der Ebene der Rektorate als auch der Fachschaften sehr eng und produktiv. Die Zusammenarbeit an den Schulen wurde in den letzten Jahren intensiviert durch gemeinsame kantonale und vierkantonale Projekte wie beispielsweise die Modelle für die Begabungsförderung<sup>3</sup> und das gemeinsame Prüfen vor Ort<sup>4</sup> sowie die Harmonisierung der Maturitätsprüfungen.<sup>5</sup>

Eine positive Wirkung des Wettbewerbs zwischen den Gymnasien ist zudem, dass die Rektorate und Fachschaften viel Energie in die Entwicklung ihrer Schule stecken müssen, um für neue Schülerinnen und Schüler attraktiv zu sein. Die Gymnasien profilieren sich also nicht nur via Schwerpunkte gegen aussen, sondern vor allem gegen innen: Alle Schulen haben in den letzten Jahren innovative Angebote entwickelt, welche für die Schülerinnen und Schüler einen fachlichen Mehrwert bringen und zur Identifikation der Lehrpersonen mit dem Standort beitragen.

---

<sup>3</sup> Besonders begabte Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben die Möglichkeit, Lehrveranstaltungen an der Universität Basel zu besuchen. Sie können Credit-Points bereits vor der Maturität erwerben und so ihr Studium verkürzen.

<sup>4</sup> Im Gegensatz zur Volksschule werden an den Gymnasien keine kantonalen Vergleichstests eingeführt. Das im Bildungsraum Nordwestschweiz per Schuljahr 2014/2015 umgesetzte Konzept „gemeinsames Prüfen vor Ort“ sieht vor, dass die Fachschaft an jedem Gymnasium im Zeitraum von drei Jahren auf einer frei wählbaren Klassenstufe mindestens eine gemeinsame Prüfung durchführt.

<sup>5</sup> Als politische Reaktion auf die beiden breit angelegten nationalen Berichte zur gymnasialen Matura, EVAMAR II und PGYM (Plattform Gymnasium der EDK), erliess der Regierungsausschuss des Bildungsraums am 20. Dezember 2010 vierkantonale Richtlinien für die schriftlichen Maturitätsprüfungen. Wesentliche Neuerungen dieser Rahmenvorgaben bestehen darin, dass die schriftlichen Maturitätsprüfungen innerhalb einer Schule im gleichen Fach für alle Schülerinnen und Schüler identisch sind und dass die schriftlichen Prüfungen von einer kantonalen Instanz (Ressortleitende und Ressortgruppe) im Voraus begutachtet und genehmigt werden. Damit soll die Vergleichbarkeit der Anforderungen unter den Schulen gewährleistet werden. Grundlage für die Begutachtung bilden die von den Schulen gemeinsam erarbeiteten kantonalen fachlichen Vorgaben. Das Projekt des Bildungsraums Nordwestschweiz wurde im Kanton Basel-Stadt im Schuljahr 2013/2014 umgesetzt.

Dank der Autonomie der Gymnasien wurden in den letzten Jahren in den Schulen zahlreiche Projekte entwickelt und umgesetzt: Im Gymnasium Bäumlhof sind dies neben den etablierten Sportklassen für sportlich oder musikalisch besonders begabte Jugendliche, auch die neuen Angebote GB<sup>plus</sup>, die Profilwochen und künftig auch das International Baccalaureate (IB). Das freiwillige Angebot GB<sup>plus</sup> ist ein schweizweit bekanntes und preisgekröntes Projekt (Schweizer Schulpreis 2013).<sup>6</sup> Durch die Einteilung des Unterrichts in Phasen und viel individuelle, begleitete Lernzeit wird die Selbstständigkeit beim Lernen gefördert und die Auseinandersetzung mit dem Lernstoff intensiviert. In den Profilwochen stellen sich die Schülerinnen und Schüler im vorletzten Schuljahr einer selbst gewählten Herausforderung und setzen ein eigenes Projekt ausserhalb der Schule um, indem sie zum Beispiel einen Sprachaufenthalt, einen Sozialeinsatz oder ein Praktikum in einem Forschungslabor organisieren und während sechs Wochen durchführen.

Das Gymnasium Kirschgarten bietet seinen Schülerinnen und Schülern Projektwochen im schuleigenen Studienheim im Berner Jura an. In vier bis fünf Projektwochen setzen sich die Jugendlichen mit einem überfachlichen oder gesellschaftlichen Thema auseinander. Seit dem Jahre 2004 haben besonders lernwillige Schülerinnen und Schüler am Gymnasium Kirschgarten zudem die Möglichkeit, sich während ihrer ganzen Schulzeit in eine Englisch-Immersionssklasse einteilen zu lassen.

Am Gymnasium Leonhard werden ab dem Schuljahr 2014/15 zwei Klassen im neuen Struktur- und Zeitmodell LeO<sub>2</sub> geführt. Die Zahl der pro Woche unterrichteten Fächer wird gesenkt und das selbstständige Lernen unter Leitung der Fachperson gefördert. Ab 2018 wird zudem eine Klasse für Talentförderung musikalisch und gestalterisch Hochbegabter angeboten. In enger Zusammenarbeit mit der Musikakademie und der Hochschule für Gestaltung und Kunst werden Ausbildungsteile der Tertiärstufe in die Unterrichtszeit integriert und Ressourcen für das Üben gewonnen.

Das Gymnasium am Münsterplatz ist die erste staatliche Schule in Basel-Stadt, welche es ihren Schülerinnen und Schülern seit 2011 ermöglicht, neben der zweisprachigen kantonalen Maturität das International Baccalaureate Diploma zu erwerben. Mit Beginn der zehnten bis Ende der zwölften Klasse werden in den Fächern Geschichte, Biologie, Geografie, Mathematik, Informatik, Englisch und Theory of Knowledge über 1'500 Lektionen in englischer Sprache absolviert. Das Gymnasium am Münsterplatz baut zudem sein Förderzentrum zur Integration von gymnasialen Schülerinnen und Schülern mit fremder Muttersprache und anderer Bildungsbiographie aus.

Am Wirtschaftsgymnasium können Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines Freiwahlfaches eine Mini-Unternehmung gründen und führen. Unterstützt wird dieses Vorhaben von YES, Young Enterprise Switzerland, eine Non-Profi-Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, unternehmerisches Denken zu fördern.

## **Aufhebung eines Gymnasiums**

Im Organisationsverständnis des Kantons Basel-Stadt stellt die einzelne Schule die pädagogisch-administrative Einheit des Bildungssystems dar. Deshalb wird jede Schule von einer Schulleitung geführt, die bei den Gymnasien die Bezeichnung Rektorat trägt. Das einzelne Gymnasium verfügt über einen vergleichsweise weit gefassten Handlungsspielraum auf den Feldern Personal, Finanzen, Schul- und Lernorganisation, Lehrplan, Förderkonzept und Schulkultur. Dieser Spielraum ist in der Verordnung für die Schulleitungen der weiterführenden Schulen (SG 411.360) geregelt. Die Gymnasien bilden zusammen mit der Fachmaturitätsschule die Dienststelle und Abteilung Mittelschulen (AKOM). Die Rektoren und die Rektorin sind der Leitung des Bereichs Mittelschulen und Berufsbildung direkt unterstellt.

---

<sup>6</sup> <http://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/schweizer-schulpreis-gymnasium-baeumlhof-auf-platz-zwei>  
[http://schweizerschulpreis.ch/fileadmin/seiteninhalt/pdf/DasGymnasium\\_BaslerZeitung\\_11.12.pdf](http://schweizerschulpreis.ch/fileadmin/seiteninhalt/pdf/DasGymnasium_BaslerZeitung_11.12.pdf)

Die heutigen Gymnasien sind in der Öffentlichkeit verwurzelt und haben ihre je eigenen Schul- und Lernkulturen entwickelt. Die Vielfalt an Schulkulturen ist, wie in 2.1 gezeigt, für die Bildungsqualität und die Innovationskraft des Gymnasialsystems förderlich.

Es ist davon auszugehen, dass die Aufhebung eines Gymnasiums sehr grossen Widerstand bei allen Gymnasien, bei den Schülerinnen und Schülern, bei den Eltern, bei den Ehemaligen, bei den Schulkommissionen und in der Politik auslösen würde. Dies zeigen die Reaktionen auf die im Herbst 2012 geplante Aufhebung des Schwerpunktfachs PPP, die mehrere politische Vorstösse nach sich gezogen hat und schliesslich rückgängig gemacht werden musste.

Die Aufhebung des Gymnasiums Bäumlhof (GB) entfällt als Möglichkeit. Seine Infrastruktur ist die beste; die Gemeinden Bettingen und Riehen, die das GB als ihr Gymnasium betrachten, würden opponieren; die Nutzung der frei werdenden Räume durch die Primar- oder Sekundarschule wäre mangels des Potenzials des Einzugsgebiets nur mit Zwangsmassnahmen realisierbar. Zudem ist das GB der einzige Gymnasialstandort nördlich des Rheins.

Die Aufhebung des Gymnasiums Leonhard oder des Gymnasiums Kirschgarten ist aus zwei Gründen nicht angezeigt: Zum einen würden diese beiden grossen Mischstandorte wohl zu Problemstandorten, würde man in den frei werdenden Räumen anstelle der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten Schülerinnen und Schüler der Volksschulstufe unterbringen. Zum andern hat man diesen beiden Gymnasien in den Neunziger Jahren je eine Fusion zugemutet. Sie würden wohl mit grosser Wahrscheinlichkeit erfolgreich verlangen, die Zumutungen gerechter zu verteilen.

Bleiben das Gymnasium am Münsterplatz und das Wirtschaftsgymnasium/die Wirtschaftsmittelschule. Das Gymnasium am Münsterplatz wäre ohne Zweifel ein attraktiver Standort für eine Sekundarschule. Die politischen Realisierungsaussichten dürften allerdings minimal sein. Die Schule hat eine sehr präzente Tradition und ist in allen einflussreichen Gremien stark vertreten. Ausserdem zeichnet sich das Gymnasium am Münsterplatz nach einer Durststrecke durch eine offensive Entwicklungsstrategie (Entwicklung von IB) aus, die bei den Eltern sowie den Schülerinnen und Schülern auf sehr gute Resonanz stösst.

Die Aufhebung der gymnasialen Abteilung des Wirtschaftsgymnasiums (WG) wäre eine Option. Die Verteilung der gymnasialen Klassen könnte durch die Eröffnung des Schwerpunkts Wirtschaft und Recht an einem anderen Gymnasium aufgefangen werden. Die Wirtschaftsmittelschule würde allerdings vor Ort erhalten bleiben – auch dann, wenn sie, wie das in einigen andern Kantonen verwirklicht ist, organisatorisch der Handelsschule KV Basel zugeschlagen würde. Der Synergiegewinn bei Aufhebung der gymnasialen Abteilung des WG ist allerdings im Vergleich aller Varianten der geringste, weil nicht die ganze Schule aufgehoben werden könnte. Angesichts der zu erwartenden Widerstände – gerade auch seitens der Wirtschaft – ist sie deshalb keine vernünftige Option.

## **Kantonsschule Basel-Stadt**

### **An einem einzigen Standort**

Die Aufhebung aller Gymnasien und der Aufbau einer Kantonsschule Basel-Stadt an einem Standort wird bei jeder Umstrukturierung ins Spiel gebracht. Im neuen Vierjahresgymnasium müsste man sich darunter eine sehr grosse Institution mit ungefähr 2'500 Lernenden und rund 400 Lehrenden, Leitenden und Verwaltenden vorstellen. Als Standort käme das Bäumlhofareal in Frage.

Die Frage, ob die Idee Kantonsschule aus finanzieller Sicht die effizienteste Struktur wäre, wurde bislang nicht geprüft. Aus der Sicht der Optimierung der Klassenbildung und der Raumnutzung

wäre sie wohl die kostengünstigste. Allerdings neigen Grossunternehmen zu einer ineffizienten Ausdifferenzierung ihrer Strukturen, um die Nachteile ihrer Grösse aufzufangen.

Die Prüfung der Idee Kantonsschule ist unterblieben, weil sie weder der Geschichte und Kultur unseres Kantons entspricht noch dem heutigen Verständnis der Institution Schule: Die Idee «Kantonsschule» ist namentlich in den Nicht-Hochschulkantonen des 19. Jahrhunderts realisiert worden: Die Kantonsschule bildete die Spitze der kantonalen Bildungspyramide und wurde in repräsentativen Gebäuden des Hauptorts untergebracht. Mit dem langsamen Anstieg der Gymnasialquoten wuchsen die Kantonsschulen zu sehr grossen, wenig entwicklungsfreundlichen Bildungseinrichtungen heran. In den meisten Kantonen wurde in der Zwischenzeit die Idee einer einzigen Kantonsschule aufgegeben.

Die Idee Kantonsschule wäre also gegenläufig zur Entwicklung in den übrigen Kantonen, welche kleineren Schuleinheiten klar den Vorzug geben, und fände im Kanton Basel-Stadt keine politische Akzeptanz.

### **Eine Kantonsschule BS mit Beibehaltung der bisherigen Standorte**

Finanziell lässt sich durch die Schaffung einer Kantonsschule BS mit Beibehaltung der bisherigen Standorte nur wenig einsparen. Für den Unterricht wird den Schulen mit dem so genannten Unterrichtslektionendach (ULD), das proportional zur Zahl der Schülerinnen und Schüler ist, ein Globalbudget zur Verfügung gestellt. Im Bereich der Verwaltung und des Sachaufwands verfügen die Gymnasien über verschiedene Budgetpositionen, die in der Regel proportional zur Grösse der Schule sind. Das ULD für jedes Gymnasium wird durch die Leitung Mittelschulen und Berufsbildung festgelegt. Es ist abhängig von der Schwerpunktfachverteilung und eventuellen Spezialangeboten (z.B. Sportklasse).

Einsparungen liessen sich durch die Aufhebung der fünf Rektorate nur in geringem Umfang erzielen. Die Arbeit der vier Rektoren und der Rektorin sowie der Konrektorinnen und Konrektoren im Bereich der Personalentwicklung und Schulführung müsste weiterhin geleistet werden. Wie unter 2.1 gezeigt, haben alle Gymnasien in den letzten Jahren unter Leitung der Rektorate spezielle Angebote wie Immersionsunterricht, GB<sup>plus</sup>, IB und LeO<sub>2</sub> entwickelt, welche die Vielfalt des Unterrichts bereichern und damit den Schülerinnen und Schülern einen Mehrwert bieten. Diese Schulentwicklungsarbeit könnte innerhalb der zentralen Verwaltung, die um die entsprechende Personenzahl ausgebaut werden müsste, in einer tieferen Lohnklasse erfolgen. Der Schaden, der dadurch für die Identifikation der Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler mit ihrem Standort sowie für die Qualität und Innovationskraft der Schulentwicklung entstehen würde, wäre jedoch weit grösser als der finanzielle Nutzen.

## **3. Fazit: Kooperation und Konkurrenz zwischen den Gymnasien**

Die baselstädtischen Gymnasien standen schon immer in einem Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz. Kooperation war und ist nötig, weil die Gymnasien in der Verwaltung über keinen Entwicklungsstab verfügen, sondern die Reform- und Entwicklungsaufgaben selbst übernehmen. Kooperation war aber immer auch bei der Aufnahme und Übergabe von Schülerinnen und Schülern nötig, bei der Personalplanung, bei der Lösung von Personalproblemen sowie bei der Entwicklung der Angebotsstrukturen und schulübergreifenden Regelungen (z.B. Erarbeitung von Standards im Umgang mit Noten). Kooperation hat sich ausserdem bei der gemeinsamen Suche nach Lösungen für standortspezifische Alltagsprobleme bewährt.

Konkurrenz ergab sich aus der Möglichkeit der Schülerinnen und Schüler, Standort- und Angebotswünsche zu äussern. Wo gewählt werden kann, stellt sich immer eine Konkurrenzsituation ein. Die Schulen reagierten darauf weniger mit Werbung, als mit der Entwicklung von innovativen pädagogischen und didaktischen Konzepten sowie mit Förder- und

Unterstützungsstrukturen. Die Profilierung der Standorte richtete sich also weniger nach aussen als nach innen. Statt mit Hilfe von Werbung die lokalen Schülerzahlen zu steigern, wurde das Ziel verfolgt, Bildung und Förderung zu verbessern. So ergab sich eine gymnasiale Bildungslandschaft mit deutlich unterscheidbaren Schulkulturen, die von der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen wurde und wird.

Der nach aussen gerichteten Konkurrenz sind immer enge, pragmatische Grenzen gesetzt: Einerseits durch das Personalrecht, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Mass an Arbeitsplatzsicherheit gewährt, andererseits durch die Raumkapazitäten, die der Kanton jeder Schule zur Verfügung stellt.

Das baselstädtische Gymnasialwesen konnte seit 2002 den freien Markt weitgehend spielen lassen. Es hat nur zweimal in Form von Angebotsausweitungen am Gymnasium Münsterplatz steuernd interveniert. Die Konkurrenzsituation belastete zwar die Schulentwicklung und band Ressourcen auf Feldern untergeordneter Bedeutung, hat aber die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit innerhalb der Abteilungskonferenz Mittelschulen nicht eingeschränkt.

In der Frage des Verhältnisses von Autonomie und Konkurrenz verfolgt der Regierungsrat auch in Zukunft das Ziel, dass der weite Autonomierahmen, der den Gymnasien gewährt wird, in erster Linie für die Entwicklung des Unterrichts sowie die Umsetzung des gymnasialen Bildungsauftrags genutzt werden soll. Mit andern Worten: Die Autonomie soll der Förderung der Schülerinnen und Schüler dienen und nicht deren Gewinnung.

#### 4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Überprüfung der Organisationsform und Struktur der fünf Basler Gymnasien als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin